



PRESSEMITTEILUNG 09/10

www.ProSiebenProzent.de

DEHOGA startet bundesweite Unterschriftenaktion für reduzierte Mehrwertsteuer im Gastgewerbe

Umsatz in Hotellerie und Gastronomie auf Talfahrt / 100.000 Arbeitsplätze in Gefahr / Politik ist gefordert

(Berlin, 17. April 2009) Jede Stimme zählt. Am 17. April 2009 startete der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) eine bundesweite Unterschriftenaktion auf dem neuen Informations-Portal zum reduzierten Mehrwertsteuersatz im Gastgewerbe www.ProSiebenProzent.de. Seit dem Beschluss des EU-Finanzministerrates am 10. März 2009 kann überall in Europa eine reduzierte Mehrwertsteuer für Restaurants und Hotels eingeführt werden. Doch die Bundesregierung weigert sich, die massiven Wettbewerbsnachteile für die gastgewerblichen Betriebe in Deutschland endlich zu beenden. „Es kann nicht sein, dass das berechtigte Anliegen einer ganzen Branche von der Politik ignoriert wird. Wir brauchen die reduzierte Mehrwertsteuer zur Ankurbelung der Nachfrage, für Investitionen, für die Mitarbeiter sowie für neue Arbeitsplätze. Und wir brauchen sie jetzt!“, erklärt DEHOGA-Präsident Ernst Fischer.

In Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise seien im Gastgewerbe 100.000 Arbeitsplätze akut in Gefahr. Wie das Statistische Bundesamt am Freitag vermeldet, setzten Hotellerie und Gastronomie in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres nominal 5,1 Prozent weniger um als im Vorjahreszeitraum. Preisbereinigt schlug ein Minus von 7,3 Prozent zu Buche. Am stärksten betroffen sind das Geschäftsreisesegment und der Kongress-tourismus. Die Firmen drücken auf die Sparsbremse. So verzeichnet die Hotellerie ein nominales Minus von 6,8 Prozent (real -9,0 Prozent). Aber auch in der Gastronomie bleiben die Gäste aus. Täglich neue Hiobsbot-schaften verunsichern die Verbraucher. In den Restaurants, Cafés und Bistros rutschten die nominalen Umsätze um 4,1 Prozent (real -6,3 Prozent) in den Keller. Der Unmut in der Branche wächst.

Ihre Ansprechpartnerin:

Stefanie Heckel
Pressesprecherin
DEHOGA Bundesverband
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

./2
Fon 030/72 62 52-32
Fax 030/72 62 52-42
Mobil 0171/4 44 13 63
heckel@dehoga.de
www.dehoga.de

Mit der Unterschriftenaktion verleiht der DEHOGA jeder einzelnen Stimme Gewicht. Mit einer Million Beschäftigten, 103.000 Auszubildenden und einem Jahresnettoumsatz von 55,5 Milliarden Euro ist das Gastgewerbe in Deutschland ein starkes Stück Wirtschaft. Doch die meist mittelständischen Betriebe haben nicht die gleiche mediale Aufmerksamkeit wie beispielsweise die Automobilindustrie, die mit immer neuen Subventionen staatlich gefördert wird. „Durch die Bündelung unserer Stimmen werden wir erreichen, dass die Branche als Einheit wahrgenommen wird. Der Zeitpunkt ist gekommen, die Benachteiligung des deutschen Gastgewerbes endlich zu beenden“, sagt Fischer. 7 statt 19 Prozent Mehrwertsteuer seien das beste Konjunkturprogramm für das Gastgewerbe.

In zahllosen Gästebucheinträgen und selbsterstellten Anzeigen machten die gastgewerblichen Unternehmer ihrem Ärger Luft und zeigten zugleich die positiven Impulse einer Mehrwertsteuersenkung auf. „Die Gastronomen und Hoteliers verlangen keine Privilegierung“, stellt der Präsident klar. „Sie wollen lediglich Chancengleichheit innerhalb Europas und Gleichstellung mit dem Lebensmitteleinzelhandel und -handwerk in Deutschland.“

Um das zu erreichen, hofft der Verband auf eine rege Beteiligung von Hoteliers, Gastronomen, Freunden und Partnern der Branche – aber auch von den Gästen. Denn die Argumente für die Senkung der Mehrwertsteuer lägen auf der Hand: „Sieben Prozent Mehrwertsteuer bedeuten mehr Flexibilität an der Preisfront und Spielräume bei Investitionen sowie bei der Qualifizierung und Entlohnung der Mitarbeiter. Mehr Nachfrage und mehr Beschäftigung sind die Konsequenz. Und davon hätten alle etwas“, sagt Fischer und fordert zum Mitmachen auf: „Wir können nur punkten, wenn die Branche geschlossen zusammensteht und sich jeder Einzelne mit seinem Namen dafür einsetzt. Wer für das Tourismusland Deutschland ist, ist pro 7 Prozent.“

Das Ergebnis dieser Aktion und eine Liste mit allen Teilnehmern werden öffentlichkeitswirksam der Bundesregierung übergeben. ■